



Arbeitsniederlegungen und Lohnforderungen (1. Nachtrag)

5. Oktober 1956

Information Nr. 234/56 – Betrifft: Arbeitsniederlegung und Lohnforderungen (1. Nachtrag zur Information Nr. 231/56)

Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1a, Bl. 121–124 (59. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Grotewohl, Ulbricht, Matern, Schirdewan, Ebert, Oelßner, Rau, Warnke, Mückenberger, Leuschner, Wandel, Ziller, Hager, Norden, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Markus Wolf, Beater, Walter, Joseph Gutsche, SED-KL im MfS, Abt. Agitation, alle Bezirksverwaltungen, Verwaltung »W« (SDAG Wismut), Verwaltung Groß-Berlin, HA I, HA II, HA III (2x), HA V, Abt. VI, Abt. VII, Abt. VIII, HA IX, Abt. XI, HA XIII, HA PS, Abt. M, Abt. O, Abt. F, Abt. K, AG WTA (Bilke), Ablage.

Verweise

Informationen [231/56](#), [241/56](#), [250/56](#), [254/56](#), [259/56](#), [260/56](#) und [267/56](#).

Der Grund für die Arbeitsniederlegung am 4.10.1956 im Georgi-Dimitroff-Werk Magdeburg war folgender: Seit März dieses Jahres gibt es unzufriedene Diskussionen über Lohnfragen. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Arbeiter in die Lohngruppe VII eingestuft, aber nur nach Lohngruppe VI bezahlt.¹ Die Betriebsleitung hatte versäumt, die alten Lohngruppen gesetzlich zu kündigen. Die Arbeiter stellten jetzt die Forderung, das weniger ausgezahlte Geld nachzuzahlen. Die Nachzahlung beträgt pro Arbeiter 400 bis 500 DM.

Am 3.10.1956 nach Schichtschluss um 14.00 Uhr fand eine Aussprache vonseiten der Werkleiter, Hauptbuchhalter und der Arbeiter statt, in deren Verlauf der Werkleiter äußerte, dass das Geld nachgezahlt werden muss. Der Hauptbuchhalter erklärte, dass er dazu keine Anweisung hätte. Bei Schichtbeginn am 4.10.1956 wurden die Diskussionen fortgesetzt und dadurch die Arbeit nicht aufgenommen. Nach Bekanntwerden wurde vonseiten der BPO mit den Arbeitern diskutiert und erklärt, dass zunächst der Lohnausgleich für den Monat September 1956 gezahlt wird. Daraufhin nahmen die Arbeiter nach ca. einer Stunde die Arbeit wieder voll auf. Zwölf Arbeiter wurden als Delegation zur Werkleitung gesandt.

Im Georgi-Dimitroff-Werk Magdeburg fand am 4.10.1956 in der Zeit von 13.00 bis 15.00 Uhr eine Sekretärbesprechung statt, an welcher der 1. Sekretär der Bezirksleitung teilnahm. In dieser Besprechung wurde festgestellt, dass das Lohngefüge nicht in Ordnung ist und dass eine unterschiedliche Bezahlung in beiden Werkteilen besteht. Die Aussprachen in der Reparaturwerkstatt sowie in einer Besprechung mit zehn Arbeitern ergab keine Hinweise, dass es eine organisierte Provokation gegen Staat, Regierung und Partei war. In der durchgeführten Sekretärbesprechung wurde festgelegt, dass auf jeden Fall ein Lohnausgleich zu zahlen ist. Alle Arbeiter sind in die richtige Lohngruppe einzustufen, damit sie auf reeller Basis ihren Lohn verdienen.

Im Ernst-Thälmann-Werk wurde am 4.10.1956 in der Zeit von 14.00 bis 17.00 Uhr mit allen drei Schichten der Gussputzerei eine Versammlung durchgeführt. Die anwesenden Arbeiter zeigten Missstände und Versäumnisse auf, ohne provokatorische Forderungen zu stellen.

Neben den in der Information Nr. [231/56](#) genannten Problemen wurde zu folgenden Problemen kritisch Stellung genommen:

- die schlechte Bearbeitung von Verbesserungsvorschlägen,
- der schlechte Materialanlauf (dadurch Wartezeiten),
- die unterschiedliche Bezahlung von gleichen Gussstücken, die von den Putzern bearbeitet werden.

Die in der Versammlung am 1.10.1956 negativ in Erscheinung getretenen Personen haben sich in der Versammlung am 4.10.1956 nicht geäußert.

Im Karl-Marx-Werk Magdeburg gab es in der Gussputzerei Unzufriedenheiten in der Entlohnung, da die Gewichtsklassen der zu putzenden Stücke unterschiedlich sind (es bestehen bisher vier Gewichtsklassen, was von den Arbeitern als zu wenig betrachtet wird), und die zu berechnenden Minuten von 157 auf 139 Minuten gekürzt wurden. Dadurch kam es zu Lohnkürzungen. Die Putzer brachten zum Ausdruck, dass sie einen garantierten Stundenlohn haben wollen, damit ihr Verdienst gewährleistet ist. In der durchgeführten Parteiversammlung mit der 1. Schicht wurde festgelegt, die Vorgabezeit für Nacharbeiten von 300 000 auf 600 000 Minuten zu erhöhen. Dies bezieht sich auf den gesamten Betriebsteil, für den Zeitraum eines Monats. Des Weiteren müssen aus den vier bestehenden Gewichtsklassen neun geschaffen werden. In der Versammlung der letzten Schicht am 5.10.1956 brachten die Arbeiter zum Ausdruck, dass sie eine Regelung der Nachzahlung für die zurückliegenden Monate bis 10.10.1956 erwarten. Dieselben Maßnahmen wurden in der AGL-Besprechung diskutiert. Provokatorische Forderungen traten nicht in Erscheinung.

Nachträglich wird bekannt, dass es am 27.9.1956 im VEB Dolomitwerke Wünschendorf (Gera) zu einer Arbeitsniederlegung kam. Die hier beschäftigten Arbeiter des VEB Bagger- und Förderarbeiten Magdeburg legten die Arbeit nieder, weil die Lohngehälter, welche um 14.00 Uhr zur Auszahlung kommen sollten, nicht rechtzeitig aus Magdeburg eintrafen.

Im VEB Baubetrieb Thalheim, [Kreis] Stollberg, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, ist unter den Tiefbauarbeitern eine schlechte Stimmung zu verzeichnen, weil sie durch die bestehenden Normen einen zu geringen Verdienst haben. Am 10.10.1956 legte die gesamte Baukolonne unter der Führung des Brigadiers – eines Mitgliedes der SED – die Arbeit für zwei Stunden nieder. Untersuchungen werden noch geführt.

Androhung von Arbeitsniederlegung in den Werkstätten der Staatstheater in Berlin N 4, Chausseestraße 28

Unter den Arbeitern der Werkstätten der Staatstheater ist eine große Unzufriedenheit wegen Lohnfragen festzustellen. Der Werkstattleiter der Komischen Oper erhielt einen anonymen Telefonanruf, aus welchem eine Androhung von Arbeitsniederlegung hervorging. Er wurde aufgefordert und verwarnt, nicht zum Streikbrecher zu werden. Ursache für die Unzufriedenheit ist folgende: Infolge kurzem Termin für die Fertigstellung einer Bühnendekoration für die Staatsoper wurden Arbeiter von der DEFA, DEWAG und einer Handwerker Genossenschaft herangezogen. Die Arbeiter dieser genannten Betriebe haben einen Stundenlohn von 2,74 DM bis 4,00 DM. Die Arbeiter der Werkstätten der Staatstheater einen Stundenlohn von 1,86 DM bis 2,12 DM. Da die Arbeiter der Fremdfirmen die gleiche Arbeit verrichten, fordern die Arbeiter der Werkstätten der Staatstheater den gleichen Lohn. Sollten die Arbeiter der Werkstätten der Staatstheater die Arbeit niederlegen, ist damit zu rechnen, dass die Bühnenarbeiter der Staatsoper ebenfalls die Arbeit niederlegen.

Unter den Bühnenarbeitern der Staatsoper ist die Stimmung ebenfalls schlecht, da sie zu niedrig entlohnt werden und mit der Prämienverteilung nicht einverstanden sind. Innerhalb des technischen Personals der Deutschen Staatsoper Berlin ist bereits seit Jahren eine Unstimmigkeit wegen der hohen Gagen der Künstler und dem Lohn der Techniker. Die Arbeiter können es nicht verstehen, dass die Künstler mehrere Tausend DM verdienen und sie selbst nur 300 bis 400 DM, wofür sie den ganzen Tag schwer arbeiten müssen, damit abends die Künstler singen oder spielen können. Die Stimmung der Arbeiter hat sich in letzter Zeit noch verschlechtert, da es durch falsche Aufteilung der Mittel des Prämienfonds im Monat August und September nicht möglich war, den Arbeitern eine Leistungszulage zu zahlen. Da sie am 28.9.1956 wieder keine Leistungszulage erhielten, äußerten sie, dass sie für dieses Geld keine Lust hätten, weiter in der Staatsoper zu arbeiten. Es wurde festgelegt², dass Bühnenarbeiter die Kündigung einreichen, um in einem VEB oder einem Theaterbetrieb mit leichteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Gegenwärtig wird über die Prämienzahlung anlässlich des 13. Oktober³ diskutiert. Die Bühnenarbeiter erhalten eine Kollektiv-Prämie von 3 200 DM für 80 Arbeiter, sodass die Bühnenarbeiter zwischen 40,00 und 50,00 DM Prämie erhalten. Die Summe des Prämienfonds ist damit restlos erschöpft. Auf diese Unzufriedenheiten der Bühnenarbeiter der Staatsoper wurde bereits schon einmal in einer Sonderinformation berichtet.⁴

¹ Arbeiter in der Schwermaschinenindustrie erhielten – außerhalb von Ostberlin – in Lohngruppe VI einen Stundenlohn von 178 Pfennig und in Lohngruppe VII von 219 Pfennig. Vgl. Haas, Gerhard; Leutwein, Alfred: Die rechtliche und soziale Lage der Arbeitnehmer in der Sowjetischen Besatzungszone. Hg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bd. 2: Anlagenteil, 4., erw. u. erg. Aufl., Bonn 1957, S. 129.

² Gemeint ist wahrscheinlich: »festgestellt«.

³ Am 13. Oktober wurde seit 1949 der »Tag der Aktivisten« begangen: Aktivisten und Neuerern wurden an diesem Tag Auszeichnungen verliehen. Er erinnerte an die – sorgfältig vorbereitete – Hochleistungsschicht des Bergmanns Adolf Hennecke (Übererfüllung der Norm mit 387 %) vom 13.10.1948.

⁴ Eine entsprechende Sonderinformation ließ sich für die Jahre 1955 und 1956 nicht ermitteln.